



**2016/2222(INI)**

3.11.2016

# **ENTWURF EINES BERICHTS**

über Palmöl und die Entwaldung von Regenwäldern  
(2016/2222(INI))

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und  
Lebensmittelsicherheit

Berichterstatterin: Kateřina Konečná

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG .....	7

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### über Palmöl und die Entwaldung von Regenwäldern (2016/2222(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2015–2030,
  - unter Hinweis auf die globale Vereinbarung über den Klimaschutz COP21,
  - unter Hinweis auf den Bericht „Globiom: Grundlage der Biokraftstoffpolitik nach 2020“<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf den technischen Bericht der Kommission 2013-063 über die Auswirkungen des Verbrauchs in Europa auf die Entwaldung,
  - unter Hinweis auf die Erklärung von Amsterdam zur Unterstützung einer vollständig nachhaltigen Lieferkette für Palmöl bis 2020,
  - gestützt auf Artikel 52 seiner Geschäftsordnung,
  - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A8-0000/2016),
- A. in der Erwägung, dass die Europäische Union das Übereinkommen von Paris ratifiziert hat und dass ihr im Hinblick auf die Verwirklichung der gesetzten Ziele in Bezug auf den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung eine wesentliche Rolle zukommt;
- B. in der Erwägung, dass die EU einen wesentlichen Beitrag zur Festlegung der Ziele nachhaltiger Entwicklung geleistet hat, die in engem Zusammenhang mit Palmöl stehen (Ziel 2, 3, 6, 14, 16 und 17 und insbesondere 12, 13 und 15);
- C. in der Erwägung, dass Unternehmen, die mit Palmöl Handel treiben, größtenteils nicht in der Lage sind, eindeutig zu belegen, dass das Palmöl in ihrer Lieferkette nicht mit Entwaldung in Zusammenhang steht;
- D. in der Erwägung, dass die Palmölproduktion die Ursache für 20 % der Entwaldung der vergangenen 20 Jahre gewesen ist;
- E. in der Erwägung, dass die wertvollen tropischen Ökosysteme, die lediglich 7 % der Weltfläche ausmachen, einer wachsenden Gefahr der Entwaldung zum Zweck von Palmölplantagen ausgesetzt sind, was unter anderem zu großen Waldbränden, dem Austrocknen von Flüssen, Bodenerosion, dem Schwinden von Grundwasser, der Verschmutzung von Gewässern und der Zerstörung wertvoller Naturlandschaften führt sowie dazu, dass Ökosysteme ihre grundlegende Funktion nicht mehr ausüben können, was wiederum massive Folgen für das Weltklima hat;

- F. in der Erwägung, dass 30 bis 50 % der Brände in Indonesien im Jahr 2015 kohlenstoffreiche Torfböden betrafen, wodurch Indonesien weltweit zu einem der Hauptverursacher der Erderwärmung geworden ist;
- G. in der Erwägung, dass 45 % des gesamten im Jahr 2014 in die EU eingeführten Palmöls als Kraftstoff im Verkehr verwendet wurde (seit 2010 ein Zuwachs um 34 %);
- H. in der Erwägung, dass sich die Nachfrage nach Palmöl bis zum Jahr 2050 Prognosen zufolge verdoppeln wird; in der Erwägung, dass in Indonesien, Malaysia und anderen asiatischen Ländern sowie in Afrika und Lateinamerika stetig neue Plantagen angelegt bzw. erweitert werden;
- I. in der Erwägung, dass wegen der Zerstörung von Lebensräumen in Form des Regenwalds das Überleben vieler Tierarten (darunter das Sumatra-Nashorn, der Sumatra-Tiger und der Orang-Utan in Borneo) gefährdet ist;

### **Allgemeine Bemerkungen**

- 1. ist sich dessen voll bewusst, wie komplex und schwierig die Palmöl-Problematik ist und dass dringender Handlungsbedarf bei vielen Akteuren wegen ihrer kollektiven Verantwortung besteht, zu denen die EU und internationale Organisationen, Mitgliedstaaten, Erzeugerländer von Palmöl, indigene Völker, Privatunternehmen, Verbraucher und nichtstaatliche Organisationen gehören; weist darauf hin, dass sich alle diese Akteure an der Lösung des Problems beteiligen müssen;
- 2. stellt fest, dass eine verantwortungsvoller Palmölproduktion möglich ist, die tatsächlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann, sofern die Entwaldung und das Anlegen von Plantagen auf Torfböden verhindert und die Rechte indigener Gemeinschaften geachtet werden;
- 3. nimmt die unterschiedlichen Arten freiwilliger Zertifizierungsregelungen wie RSPO, ISPO und MPOCC zur Kenntnis und begrüßt deren Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen Palmölproduktion;

### **Empfehlungen**

- 4. fordert von den Unternehmen, die Palmöl erzeugen, beim Ausbau ihrer Plantagen das Instrument „High Carbon stock“ (HCS) zu verwenden; weist darauf hin, dass ein komplexer Landnutzungsplan erstellt werden muss, bei dem die von einheimischen Gemeinschaften genutzten Landflächen für den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen, Torfland und in hohem Maße schutzbedürftige Flächen (HCV) berücksichtigt werden und das Recht von Gemeinschaften auf Landnutzung gemäß dem Grundsatz der freiwilligen vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung (Free Prior and Informed Consent, FPIC) geachtet wird;
- 5. fordert die EU auf, weitere freiwillige Partnerschaftsabkommen wie zum Beispiel FLEGT in die Wege zu leiten; weist darauf hin, dass ein ähnlicher Ansatz auch beim Palmöl gewählt werden könnte, der zu einer besseren Kontrolle der Palmölindustrie in den Zielländern führen könnte;

6. fordert die EU auf, als zusätzliches Element von freiwilligen Partnerschaftsabkommen entsprechende Rechtsvorschriften zu solchen Abkommen in Bezug auf Palmöl nach dem Vorbild der EU-Holzverordnung auszuarbeiten;
7. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Sektor eine Informationskampagne zu starten, mit der die Verbraucher umfassend über die Folgen einer schonungslosen Palmölproduktion aufgeklärt werden; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Verbraucher mit einer besonderen Produktkennzeichnung darüber unterrichtet werden, dass dieses Erzeugnis nicht mit Entwaldung im Zusammenhang steht;
8. stellt mit Bedauern fest, dass es gegenwärtig weder bei RSPO, ISPO oder MPOCC noch bei anderen anerkannten Zertifizierungsregelungen den jeweiligen Mitgliedern untersagt ist, Regenwälder und Torflandschaften in Palmölplantagen umzuwandeln, und dass diese Mitglieder nicht auf die Begrenzung der Treibhausgasemissionen achten, wenn sie Plantagen anlegen oder betreiben, und sie folglich auch nicht in der Lage sind, Großbrände in Urwäldern und Torflandschaften zu verhindern; fordert von der Kommission, den Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil, RSPO) zur Überarbeitung seiner Zertifizierungskriterien und deren gründlicher Umsetzung aufzurufen; fordert die Kommission auf, die Weiterentwicklung multilateraler Zertifizierungsregelungen zu unterstützen, mit denen sichergestellt wird, dass das von ihnen zertifizierte Palmöl
  - nicht die Ursache für Entwaldung, die Zerstörung von Torflandschaften und anderer ökologisch wertvoller Lebensräume ist,
  - nicht der Auslöser von sozialen Problemen und Konflikten ist,
  - die Einbindung von Kleinbauern, die Palmöl erzeugen, in das Zertifizierungssystem ermöglicht, wobei diese einen gerechten Anteil am Gewinn erhalten;
9. fordert die Kommission auf, Umweltschutzmaßnahmen in Handelsabkommen zu stärken, mit denen Entwaldung im Zusammenhang mit Palmöl verhindert wird;
10. fordert die Kommission auf, die Einfuhrzölle auf Palmöl zu erhöhen, das mit Entwaldung in unmittelbarem Zusammenhang steht und das den tatsächlichen Kosten, die sich aus der Umweltbelastung ergeben, nicht Rechnung trägt; weist darauf hin, dass dieses Instrument die Einbindung von Zertifizierungsregelungen erfordert,
11. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich auf die Entwicklung von Instrumenten zu konzentrieren, mit denen das Thema des Umweltschutzes besser in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden kann; stellt fest, dass diese Herangehensweise helfen wird, zu verhindern, dass Maßnahmen im Bereich der Entwicklung zu unbeabsichtigten Umweltproblemen führen, sondern dass es vielmehr zu einer Synergie zwischen diesen Maßnahmen und Umweltschutzmaßnahmen kommt;
12. fordert die Kommission auf, die Forschung hinsichtlich der Auswirkungen des Verbrauchs in Europa auf die Entwaldung weiter zu fördern;
13. fordert die Kommission auf, Technologien und Strategien zu entwickeln, mit denen den Auswirkungen des Verbrauchs in Europa auf die Entwaldung in Drittstaaten entgegengewirkt wird;

14. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu unterstützen, mit denen Synergien zwischen der GAP und der Politik geschaffen werden, deren Ziel die Eindämmung der Entwaldung ist (REDD+, Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt); fordert die Kommission auf, die Auswirkungen der GAP-Reform auf Länder, die nicht zu den 27 EU-Mitgliedstaaten gehören, zu prüfen, da zu diesen Auswirkungen auch eine weitere massive Entwaldung gehören könnte;
15. weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, Maßnahmen für eine nachhaltige Palmölproduktion zu unterstützen, indem sie die Erklärung von Amsterdam ratifizieren;
16. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass spätestens 2020 Palmöl nicht mehr als Bestandteil von Biodiesel verwendet wird;
17. fordert die Kommission auf, Organisationen zu unterstützen, deren Ziel vornehmlich der In-situ-Schutz (aber auch der Ex-situ-Schutz) aller Tierarten ist, deren Lebensräume infolge der Entwaldung zwecks Palmölproduktion zerstört werden;
18. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

Die Europäische Kommission hat zum Thema nachhaltige Entwicklung Folgendes festgestellt: „Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die Bedürfnisse der jetzigen Generation zu erfüllen, ohne dass dadurch die Erfüllung der Bedürfnisse künftiger Generationen gefährdet wird. Die Vision von einer fortschreitenden und langfristigen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist einer der Grundpfeiler der EU und muss daher ein Aspekt sein, der bei unseren Entscheidungen auch in Fällen wie der Palmölproblematik berücksichtigt wird.“

Palmöl ist erst vor 20 Jahren zum weltweit am meisten verwendeten Öl geworden, und seitdem ist es auch zu einer der Ursachen für die massive Zerstörung vielfältiger Ökosysteme in den Tropen. In Indonesien waren auf den Inseln Sumatra und Borneo wegen dieses Rohstoffs Fälle der schnellsten Entwaldung in der Menschheitsgeschichte zu beobachten. Aufgrund der beispiellosen Expansion dieses Wirtschaftszweiges hatte man leider nicht alle Gefahren, die mit der massiven Einführung von Plantagen mit Monokulturen verbunden sind, einkalkuliert. Inzwischen hat es sich gezeigt, dass die Risiken unterschätzt wurden, es sind negative Auswirkungen zutage getreten, die auf den exzessiven und nahezu unregelmäßigen Anbau dieser Pflanze zurückzuführen sind.

Die tropischen Ökosysteme und insbesondere die Regenwälder, auf die lediglich 7 % der Vegetation auf der ganzen Welt entfallen, waren seit dem Aufkommen des Menschen noch nie einem solchen Druck ausgesetzt wie heute, und es kommt dabei nicht nur zu der Zerstörung einer sehr wertvollen Vegetation, sondern auch von vielen Tierarten, die in einigen Fällen noch unentdeckt geblieben sind. Die Auswirkungen der Palmölproduktion beschränken sich aber nicht nur auf die Regenwälder. Auch die angrenzenden Meeresökosysteme sind wachsendem Druck ausgesetzt, und es kommt zu unwiederbringlichen Grundwasserverlusten, der Austrocknung von Flüssen, riesigen Bränden in Tropenwäldern und Torflandschaften und insgesamt zu Klimaveränderungen in den betroffenen Gebieten, die einem globalen Klimawandel Vorschub leisten. Von diesen Veränderungen sind nicht nur die Fauna und Flora betroffen, sondern auch die einheimische Bevölkerung betroffen, deren Lebensbedingungen mit diesen Ökosystemen eng verbunden sind. Dadurch wird Palmöl auch zum Auslöser zahlreicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Konflikte. Die Geschwindigkeit, mit denen sich diese Veränderungen vollziehen, ist alarmierend und erfordert ein sofortiges Handeln.

Die Europäische Union ist der drittgrößte Markt für Palmöl, und somit trägt sie auch einen gewichtigen Anteil daran, was in den Ländern in den Tropen geschieht, wo Palmöl produziert wird. Europäische Finanzinstitute gehören zudem zu den Hauptinvestoren in diesem Wirtschaftssektor und tragen daher auch eine Verantwortung dafür, wie ihre Mittel eingesetzt werden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass viele Akteure an diesen Problemen ihren Anteil haben und daher auch einen Teil der Verantwortung tragen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten gehören zu diesen Akteuren und sollten ihre Verantwortung übernehmen und Maßnahmen ergreifen, die zu einer Verbesserung der derzeit kritischen Lage führen.

Die Vereinten Nationen haben die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet, die 17 Hauptziele enthält, die bis dahin verwirklicht werden sollen. Die Palmölproblematik bezieht sich auf alle 17 Hauptziele, sie ist aber mit den Zielen 2, 3, 6, 14, 16 und 17 und vor

allem mit den Zielen 12, 13 und 15 am engsten verbunden. Dies ist ein Beleg dafür, um welche außerordentlich wichtige Frage es sich bei der Palmölproblematik handelt und warum es dringend geboten ist, sich unverzüglich mit dieser Frage zu beschäftigen und eine befriedigende langfristige Lösung zu finden.